

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/031

Anstatt eines Schlußwortes

Das ist der deutsche Nationalcharakter: Er will immer das Beste und verliert darüber das Gute.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso blieben die Kommunisten nach der sogenannten "samtenen Revolution" in Ost-Mitteuropa die eigentlichen politischen Machthaber?

Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hielt im November 1995 folgenden Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48):

>>... Fünf Jahre sind seit der großen politischen Wende in den Staaten Mittel- und Osteuropas, die nach geltender Meinung den Untergang des Kommunismus bedeutete, vergangen. Ein demokratisches politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, freier Wettbewerb, Handel und vieles mehr sollten entstehen. Nicht zuletzt sollte ein Wandel der Besitzverhältnisse durch die Rückgabe an die wirklichen Eigentümer und durch die Privatisierung der Staatsbetriebe erfolgen.

Einiges davon gelang, doch vieles auch nicht – oder nur zum Schein. Vor allem die wirtschaftlichen Änderungen begünstigten zu einseitig nur gewisse Bevölkerungsschichten. Das führte und führt weiterhin zu manchen Desillusionierungen und Enttäuschungen, die in jedem postkommunistischen Staat in jeweils anderem Ausmaß und mit verschiedener Intensität zu beobachten sind und sichtbar in den Wahlerfolgen der kommunistischen Kräfte Ausdruck finden.

Eine weitere Quelle der Enttäuschungen ist das Fehlen rechtsstaatlicher Verhältnisse zum Schutz des Bürgers, seines Lebens und Eigentums. Es war ein großer Fehler, daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückgezogen hat, wo er unersetzbar ist und es noch lange sein wird.

Die Wurzel der Probleme findet man oft in der Vergangenheit der einzelnen Staaten und in der Art und Weise, wie mit dieser Vergangenheit umgegangen wird. Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit

den damaligen Verbrechen und Kränkungen.

Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. Das wurde auch in diesem Jahr deutlich, als wir das Jubiläum der nationalsozialistischen Niederlage gefeiert und uns zugleich auch der Tragödie der deutschen zivilen Vertriebenen aus Osteuropa erinnert haben.

Auch wenn diese tragischen Ereignisse durch Beschlüsse internationaler Konferenzen, Staatsverträge und Landesgesetze legalisiert wurden, bleiben sie stets etwas, zu dem sowohl die Politiker als auch die Bevölkerung immer wieder zurückkehren, weil sie spüren, daß - die Staatsgrenzen natürlich ausgenommen - vieles ausklammert, offen und ungelöst geblieben ist. Sie spüren, daß erst ein neuer demokratischer Rechtsausgleich mit der Vergangenheit den Staaten Mittel- und Osteuropas das Tor zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft öffnen kann.

Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten.

Ich befürchte sogar, daß das Unrecht in der östlichen Hälfte Europas zu lange fort dauerte, um in absehbarer Zukunft das zur Rückkehr in die demokratische Staatengemeinde notwendige Rechtsbewußtsein voll wiederherstellen zu können. Nach dem nationalsozialistischen folgte schnell das kommunistische Regime, das genauso wenig das persönliche Eigentum und seine Unverletzbarkeit, das Recht auf die Heimat und das Recht, aus der Heimat nicht vertrieben zu werden, so wie all die anderen Menschen- und Bürgerrechte respektierte.

Die Bewältigung der Vergangenheit sollte bestimmte Grundsätze respektieren, von denen ich nur einen erwähnen möchte. Wie auch immer die Vergangenheit politisch und juristisch abgeschlossen wird, es muß immer im Einvernehmen mit den Opfern geschehen, auf keinem Fall hinter ihrem Rücken oder gar auf ihre Kosten. Während die Opfer meist auf das Konto einer verbrecherischen Staatsdoktrin gingen, muß ein wirksamer Ausgleich von der Perspektive der aktuellen europäischen Rechtsnormen und Wertungskriterien ausgehen, sprich der Perspektive Europas als Wertegemeinschaft, die all ihren Bürgern die gleichen Rechte garantiert.

Man könnte annehmen, daß ich zu viel von der Vergangenheit spreche und ihr zu viel Gewicht beimesse. Bei der Betrachtung dessen, was heute um uns herum geschieht, können wir jedoch sehen, daß sich gar vieles aus der Vergangenheit wiederholt, daß die Vergangenheit den Lebenden keine Lehre wurde, sondern vielmehr eine Last, welche die Völkergemeinschaften hinter sich herschleppen.

Auf dem Balkan kämpft man wieder um ethnisch reine Staaten, in der Slowakei läuft nach altem Muster die Unterdrückung von Minderheiten an, in der Tschechischen Republik wachsen wieder Rassismus und Antisemitismus. Diese aktuellen Geschehnisse hängen eng mit dem zusammen, was ich als Bemühung, die eigene Schuld nicht zugeben zu wollen, bezeichnen würde. Das ist eine alle Nationen des ehemaligen Sowjetimperiums gemeinsame Eigenschaft. Statt Reue, vor allem für die Verbrechen des Kommunismus, breitet sich überall Xenophobie (Abneigung gegen alles Fremdartige) und nationaler Größenwahn aus, als ob russische oder die deutsche Nation schlechter wären als die tschechische, ungarische, slowakische usw.

Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als

Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet.

Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Józef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.

Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. Gerade deshalb ist der liberale Relativismus so populär, von dem kürzlich der Philosoph Robert Spaemann sagte, er töte den Geist, aus dem sich der Widerstand gegen das totalitäre Regime rekrutierte. Zwar liebe der liberale Relativismus die totalitären Regime nicht, eines wirksamen Widerstandes gegen sie sei er aber auch nicht fähig.

Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums, die Unfähigkeit, das wahre, von den Jahrzehnten des Kommunismus und seinen geistlosen Pflichtritualen unberührte Christentum zu empfangen und zu erleben. Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei.

Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, daß die Erneuerung der postkommunistischen Gesellschaft nicht ohne christliche Wiedergeburt stattfinden kann, daß es nicht ausreicht, Liberalismus, Toleranz und andere Werte der modernen Gesellschaft durchzusetzen, sondern auch das Gefühl und den Sinn für die Grundwerte des Lebens, dessen Schöpfer der Mensch nicht allein ist, vermittelt werden müssen.

Anders gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben in den postkommunistischen Gesellschaften ist es, den ungeheuren moralischen Verfall, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schädigt und deformiert, aufhalten zu helfen. Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt.

Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen. Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können.

Und so möchte ich wiederholen, daß man beginnen sollte, die wichtigsten Forderungen und Schulden zu begleichen und mit den ehemaligen Feinden Frieden zu schließen, vor allem dann, wenn man weiß, daß die einzig mögliche Zukunft eine gemeinsame und von gemeinsamen Interessen bestimmte Zukunft ist. Und hier denke ich vor allem an die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Was steht den völlig offensichtlichen Schritten denn im Wege? Welche Interessen sind es, die stärker als alle Vernunftgründe und logische Schlußfolgerungen sind? Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, zu den demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und gewissen Umständen, unter denen sie stattgefunden haben, zurückzukehren.

Nach meiner Meinung konnte schon deshalb keine Vergangenheitsbewältigung stattfinden, weil es sich im Falle der sog. demokratischen Revolutionen um eine "sanfte" Machtübernahme handelte. Darauf waren die ehemaligen Machthaber, zumindest auf der Ebene ihrer Entscheidungsgremien, vorbereitet und tauschten die führenden Positionen in der Politik gegen solche in der Wirtschaft ein.

So schrieb kürzlich der führende tschechische Ökonom Lubomir Mlcoch, die Privatisierung habe bereits vor der sanften Revolution stattgefunden, indem sich die Chefs der Staatsbetriebe nach und nach des öffentlichen Staatseigentums bemächtigten, zwar nicht de jure, aber de facto. Es ging also um scheinbare, auf die Parteinomenklatur gestützte Besitzstrukturen, um nicht

juristisch, sondern machtpolitisch sanktionierte Besitzverhältnisse. Sie wurden nach 1989 durch die Privatisierung juristisch bestätigt.

Alle Untersuchungen weisen eindeutig darauf hin, daß sich die meisten neuen Unternehmer, Bankiers und Finanzmakler aus den Reihen früherer Führungskräfte der Wirtschaftssphäre oder der Staatssicherheit z.B. der Gegenspionage rekrutieren. Wenn dies einer der Hauptpunkte der wirtschaftlichen Umstrukturierung ist, so kann man nicht erwarten, daß ihre Protagonisten an der Vergangenheitsbewältigung interessiert sind.

Die aus der Kouponprivatisierung entstandenen Kleinaktionäre werden wortwörtlich gejagt und in die Ecke gedrängt, damit sie ihre Aktien an die großen postkommunistischen Gruppen verkaufen, deren finanzieller Hintergrund völlig im Dunkeln liegt. Hinzu kommt, daß diese Geschäfte ausschließlich in tschechischen Händen bleiben und nach fragwürdigen, löchrigen tschechischen Gesetzen, die in vielerlei Hinsicht von der Gesetzgebung etwa der EU abweichen, geführt werden sollten.

So ist es auch verständlich, daß diese Menschen die größte Gefahr in der Integration ihrer Länder in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens sehen. Auch wenn sie sich dazu verbal bekennen, tun sie alles, um dieses Ziel zu vereiteln. Es geht um ihren Besitz, denn die Integration in die EU würde eine umfangreiche Änderung der Rechtsverhältnisse bedeuten.

Selbstverständlich kann kein Staat in die EU, dessen Rechtssystem Steuerbetrug, Veruntreuung des Staatseigentums, dessen Verkauf und sofortigen Weiterverkauf, ohne dafür einen Pfennig gezahlt zu haben, ungedeckte und uneinbringbare Bankkredite usw. ermöglicht. Dazu kommt die allgegenwärtige Korruption des Staatsapparates. So wurde zum Beispiel in einer zwielichtigen Weinstube der Chef der Privatisierungsbehörde erwischt, als er gerade einen Koffer mit 8 Millionen Kronen übernahm.

Dazu kommt auch die vom Staat ignorierte, groß angelegte Wäsche von Geld, das meist aus dem Osten stammt. Logischerweise brauchen die Akteure eine politische Repräsentation, die der Bevölkerung ein falsches, illusorisches Bild eines Landes vorgaukelt, das im Westen ungeheuer positiv eingeschätzt und dessen Eintritt in die EU nur eine Frage einiger Jahre ist.

Schließlich benötigen sie zusätzlich eine geeignete Ideologie, die einerseits keine Vergangenheitsbewältigung zuläßt und andererseits ein eventuelles Scheitern der Integrationsbemühungen rechtfertigen würde. Dafür eignet sich am besten der Nationalismus. Demnach ist keine Vergangenheitsbewältigung möglich, weil dies den Untergang des tschechischen Staates und seine Germanisierung bedeuten würde.

Jene, die sich am meisten am Staatseigentum vergreifen, warnen am lautesten vor seinem Ausverkauf an den Westen. Vor allem dürfe nichts den Deutschen zurückgegeben werden darin herrscht Einigkeit. Daß man darüber hinaus auch großen Teilen der tschechischen Bevölkerung ihr Eigentumsrecht vorenthält (Emigranten, Vereinen, Genossenschaften, Kirchen usw.) ändert daran nichts.

Kann man sich angesichts einer so häufigen und so viele Menschen betreffende Geringschätzung und Nichtanerkennung der Bürgerrechte wundern, daß sich bei uns noch keine bürgerliche Gesellschaft etablierte, daß im Gegenzug eine 'neue Ethik', die durch Mißachtung der durch Generationen geschaffenen Werte charakterisiert wird, an Boden gewinnt?

Die enge Bindung des künftigen Wohlstandes an die Grundfesten des gesellschaftlichen Rechtsbewußtseins bleibt unverstanden, wobei der zweckgebundene, manipulierte Nationalismus den falschen und gefährlichen Eindruck weckt, nationale Interessen stünden über dem Recht.

Zum Abschluß möchte ich mich noch mit dem Phänomen des Nationalismus befassen, der zum Verständnis einer ganzen Reihe von Problemen wichtig ist. Heute können wir von einem neuen Nationalismus in Mittel- und Osteuropa sprechen. Keiner der postkommunistischen

Staaten konnte ihm ausweichen, auch wenn sein Ausmaß nicht überall denselben Umfang hat. In manchen Staaten ist der Nationalismus ein blutrünstiger Dämon, in anderen scheint er gemäßigt und lenkbar. Generell ist er die Ideologie, die nach dem Fall des Kommunismus die größten Menschenmassen anzieht. Sie wählen die wichtigsten Repräsentanten des Nationalismus zu ihren Vertretern.

Die Anziehungskraft des Nationalismus ist eng mit der Existenz der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Vorstellungen über ihre Bedeutung und ihren Sinn verknüpft. Der Nationalstaat wird nämlich in seiner ethisch reinen Form als das beste Mittel zur Sicherung einer konfliktfreien, stabilen Gesellschaft verstanden. Oft scheint die komplizierte und dramatische Geschichte der Völker und Staaten Mittel- und Osteuropas dieser Auffassung Recht zu geben, dabei vergißt man gerne den Preis, den man für die Entstehung eines solchen Staates zu zahlen hat.

Kein ethisch reiner Staat kam ohne das Töten und das Leiden von Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen zustande. Es ist deshalb so etwas wie ein blutiges Ideal – vor allem in der mitteleuropäischen Region, wo viele Völker und Nationen nebeneinander leben, oft in historisch bedingt komplizierten nachbarschaftlichen und symbiotischen Beziehungen.

Es kam auch zu einer wichtigen Änderung der Funktion des Nationalismus. Im 19. Jahrhundert diente er noch der Bildung nationaler Gemeinschaften. Heute wurde er zum Instrument gewisser machtpolitischer und wirtschaftlicher Schichten, die meist Teile des kommunistischen Establishments waren und nach dem demokratischen Umsturz an der Macht bleiben möchten. Deswegen werden sie zu den eifrigsten Verteidigern der sog. nationalen Interessen in den Nationalstaaten, was in den meisten Fällen zur Isolation von der übrigen Welt und zu Konflikten mit den Nachbarstaaten führt. Es muß nicht besonders betont werden, daß die Definition der sog. 'nationalen Interessen' beliebig ist und meist davon abhängt, was einem in der jeweiligen Situation gerade paßt.

Hier muß man einen grundsätzlichen Unterschied machen, und zwar zwischen dem Nationalismus und dem Nationalbewußtsein. Nationales Bewußtsein, nationale Identität und Kultur sind in Europa sehr wichtige Werte, die von der Integration nicht berührt werden und es gar nicht sollen, obwohl langfristig auch der Europäismus und das gemeinsame europäische Bewußtsein wachsen müssen. Mit anderen Worten, es ist wichtig, sowohl die nationale Identität zu pflegen, als auch die übernationale Identität zu fördern. Nur aus der Symbiose beider Identitäten kann die friedliche Zukunft Europas entstehen.

Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein. Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität. Er ist eine nationale Krankheit. Er sprengt den Rahmen der Vernunft und emotionalisiert die Geschichte und die Politik. Seine Konstrukte wachsen aus Emotionen, die wichtigste davon fixiert das Bild des Volksfeindes. Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen, komplexe kausale Ketten und die unabsehbare Pluralität der Folgen wahrzunehmen.

In der Politik führt dies zur Unfähigkeit, Kompromisse zu schließen, in Sackgassen, in denen es kaum oder gar keine Auswege gibt. Naturgemäß ist so ein Feind immer ein anderes Volk. In der europäischen Geschichte waren es oft genug die Juden, und in der mitteleuropäischen Region sind sie es bis heute geblieben, obwohl sie hier kaum noch leben. Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. Der Antigermanismus wird politisch stark instrumentalisiert, und zwar sowohl von den Rechten als auch von den Linken. Bestenfalls unterscheidet man noch zwischen einem guten und einem schlechten Deutschen, was seinerzeit auch Klement Gottwald tat.

Dem Nationalismus steht auch eine ganze Reihe von Intellektuellen nahe, vor allem Historiker, die gerne nationale Klischees für objektive wissenschaftliche Erkenntnisse ausgeben, mit Fakten und Rechenbeispielen, mit Lebenden und Toten hantieren. Sie sorgen für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft im Geiste gewisser Symbole oder Mythen und bilden eine Frontdisziplin bzw. Stimmung, in der die sogenannten nationalen Interessen eine wichtigere Rolle als Rechtsbewußtsein, die bürgerliche Gleichheit oder die Einhaltung von Normen und Werten spielen.

Aus diesem Grund war für uns die Vertreibung der Sudetendeutschen der erste Schritt zur Bolschewisierung des Staates, zum Februarumsturz 1948 und zur Eingliederung in die sowjetische Machtsphäre. Den Nationalismus alter Prägung von Präsident Benes nutzten vor allem die Kommunisten, und zwar sowohl die tschechischen als auch die russischen.

Der Plan Stalins war einfach. Jene slawischen Staaten, die die Deutschen vertrieben haben, werden sich später vor Vergeltung und Revanche fürchten, und als einziger Beschützer bleibt ihnen nur die Sowjetunion. Darauf basierte später die ganze kommunistische Propaganda. Der Plan ging auf, und die Angst blieb bis heute tief verwurzelt. Nachdem die Sowjetunion aufgehört hat zu existieren, und die Kommunisten nicht mehr an der Macht sind, nutzen andere bereits erwähnte Kräfte den Nationalismus.

Ich bin überzeugt, daß jede demokratische Regierung die Pflicht hat, Nationalismus, Antisemitismus sowie andere Erscheinungen nationaler Intoleranz und Feindseligkeit aktiv zu bekämpfen. Damit darf man nicht spielen, denn es ist offensichtlich, daß man sie nicht ewig als nützliches Werkzeug unter Kontrolle halten kann. Immer droht die Gefahr, daß daraus ein Brand wird, der die ganze Gesellschaft vernichtet.

In der Gegenwart besteht der wirksamste Schutz dagegen in der Bemühung um die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Das würde diese Staaten zwingen, sich zu öffnen, das gültige internationale Recht und die europäischen Grundwerte zu respektieren und vor allem zu begreifen, daß es ohne friedliche Mitarbeit und Kooperation in unserer globalen Welt nichts zu erreichen gibt.

Weil aber die Beitrittsfrage im Augenblick nicht aktuell ist, sollte man mit der Kooperation bei der Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit anfangen. Dabei geht es weniger darum, die eine, absolute Wahrheit, als vielmehr die grundsätzliche Übereinstimmung in ihrer Bewertung zu finden. Denn die Zukunft wird aus unserer Beziehung zur Vergangenheit geboren.<<

2. Weshalb brach die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Jahre 1989 fast widerstandslos zusammen?

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.

Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung

war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

3. Warum ist der sogenannte "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 vermutlich völkerrechtswidrig und damit nichtig?

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte *debellatio* vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß *debellatio* Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen

staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.

Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.

Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.

Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.

5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.

Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.

6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.

Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswidrig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.

7. Die Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.

8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1. dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.

Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.

Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.

9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.

Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25

GG.

10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.

Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.

Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.

II

1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgengesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.

2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.

Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.

3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.

Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.

Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.

Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.

In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.

In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.

5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.

Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.

Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:

6. 6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 annektiert worden. Hierin ist der litauisch annektierte Teil eingeschlossen.

Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit

der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.

Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietserwerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.

Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).

7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.

Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.

Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebietserwerb auf Dauer.

8. 8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.

Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.

Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.

9. 9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.

So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:

a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund' für das ständige Inbesitznehmen fremden Staatsgebietes,

b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,

c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,

d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.

10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber

geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit Verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich Verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich Verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.

Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teildentisch ist.

a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.

Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.

b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.

c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.

Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich Verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.

15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenz- anerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.

Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach

ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.

Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.

a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht Verfügungsberechtigt ist.

b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch Verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.

16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souveränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.

17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschließen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.

Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.

18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsachen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.

Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden, wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der "normativen Kraft des Faktischen".

19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990 schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzichtet.

Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals Verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wurde.

Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.

20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.

Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.

III

1. 1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:

a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehende Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten.

Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.

b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.

c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.

2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.

3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.

Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.

Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.

4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudentenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.

5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde. Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

4. Wieso scheiterte im Jahre 1991 die UdSSR (Union der Sozialisten Sowjetrepubliken)? Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft

... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.

Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.

"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten.

Anfang der dreißiger Jahre, als in der UdSSR Millionen Menschen verhungerten, erklärte George Bernard Shaw: "Niemals habe ich so gut gegessen wie während meiner Reise durch die Sowjetunion." Ins goldene Buch des Hotels "Metropol" in Moskau schrieb er: "Morgen verlasse ich dieses Land und kehre in den Westen zurück, wo Hoffnungslosigkeit herrscht."

Der damals sehr einflußreiche amerikanische Journalist Lincoln Steffens verkündete seinem Publikum: "Ich habe die Zukunft gesehen – sie funktioniert."

Die US-Fabrikanten Sydney und Beatrice Webb fragten: "Ist der Sowjetkommunismus eine neue Zivilisation?", um sogleich zu antworten: "Ja, er ist es."

Und der britische Labour-Politiker Gaold Laski resümierte: "Noch nie in der Geschichte hat der Mensch solche Vollkommenheit erlangt wie unter dem Sowjetregime."

Sehnsucht nach Utopia, auch Naivität, bildeten den Boden, auf dem die Saat der sowjetischen Propaganda solche Blüten treiben konnte. Die Realität in der UdSSR war von Anfang an ganz anderer Art.

"Der Übergang vom Untergrund zur Macht ist zu plötzlich", hatte Lenin am Morgen des 25. Oktober 1917 zu Trotzki gesagt und auf deutsch hinzugefügt: "Es schwindelt."

Die Berufsrevolutionäre hatten sich zwar lange ideologisch mit Fragen der Macht beschäftigt, den konkreten Anforderungen, die das Regieren eines riesigen bis zum Grund aufgewühlten Landes stellte, waren sie aber nicht gewachsen, Das machte sie aggressiv.

Bereits an jenem 25. Oktober nach dem bolschewistischen Coup drohte Lenin bei Nichterfüllung eines Befehls mit Erschießung. Hinrichtungen wurden alsbald zur Praxis. Am 7. Dezember nahm die "Sonderkommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (Tscheka) ihre Arbeit auf. Ihr Chef, Dserschinski, setzte den Rat der Volkskommissare (Regierung) ins Bild: "Denken Sie nicht, ich hätte eine Form revolutionärer Justiz im Sinn; Justiz wird jetzt nicht gebraucht. Jetzt geht ein Kampf auf Leben und Tod, Brust an Brust! Ich befürworte, nein, ich fordere die organisierte Gewalt gegen die Aktivisten der Konterrevoluti-

on."

Konterrevolutionäre gab es reichlich. Von den rund 130 Millionen Russen jener Zeit lebten 110 Millionen auf dem Land. Ein Bauer, der sich dagegen wehrte, daß ihm staatliche Eintreiber die Ernte nahmen, war ein "Kulak", ein Ausbeuter, ein Feind der Revolution. Nach Tschecha-Angaben fanden 1918 zwischen Juli und November 108 "Kulakenaufstände" statt. In 20 Gouvernements Zentralrußlands gab es 1918 "245 antisowjetische Rebellionen großen Ausmaßes".

Der Bauernkrieg wurde blutig niedergeschlagen. Lenin sah keinen Grund zur Änderung seines Kurses. Es bedurfte einer weiteren Rebellion, um ihn davon zu überzeugen, daß sein Experiment des sofortigen Aufbaus des Kommunismus gescheitert war. ...

Lenin sah sich zu einer Doppelstrategie veranlaßt: Der Kapitalismus sollte wieder etwas Luft schöpfen können, um die todkranke Wirtschaft zu beleben, in der Machtfrage dürfte es aber keine Zugeständnisse geben.

Im Herbst 1921 trat die Neue Ökonomische Politik in Kraft. Kleine Privatunternehmen waren wieder erlaubt, große Fabriken durften gepachtet werden. Ausländer konnten Konzessionen für Betriebe und die Förderung von Rohstoffen erwerben.

Die Arbeitsproduktivität war alarmierend gesunken. Sie betrug nur noch die Hälfte der Vorkriegszeit. Es bedurfte offenbar einer eisernen Hand, um die Werktätigen zu ihrem Glück zu führen. Derschinski erklärte die 1918 eingerichteten Konzentrationslager zu "Arbeitsschulen". Später prangten an den Lagertoren Stalins Worte: "Arbeit ist eine Sache der Ehre."

Trotzki befahl die "Militarisierung der Arbeit". Der Volkskommissar für Heereswesen und Marine rechnete mit der Meinung ab, daß Sklaverei nicht mehr in die Zeit passe: "Stimmt es denn überhaupt, daß Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? Meine Antwort heißt: Das ist ein höchst erbärmliches und höchst vulgäres Vorurteil des Liberalismus."

Die Zwangsarbeit, verrichtet von Millionen entrechteter Kreaturen, wurde zum fest einkalkulierten Wirtschaftsfaktor des Regimes, das nach eigener Darstellung angetreten war, um den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. (Nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen gab es zum Beispiel 1950 in den Lagern der UdSSR zehn Millionen Zwangsarbeiter.)

Im Dezember 1929 verkündete Stalin das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Schluß mit dem Taktieren. Er rief zu einer neuen Revolution auf. Vor allem sollten nun die Bauern, die als Bevölkerungsmehrheit dem bolschewistischen Anspruch auf totalitäre Herrschaft immer noch passiven Widerstand entgegengesetzten, proletarisiert und damit endgültig unterworfen werden. "Wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen", gab der neue Führer der Weltrevolution bekannt. Die "Liquidierung einer Klasse" war nicht abstrakt gemeint, sie wurde blutig konkret.

Im Vergleich zum Orkan der "durchgängigen Kollektivierung", der nun das Land erschütterte, erscheint der Rote Oktober von 1917 wie ein Säuseln. Die Existenzgrundlage von mehr als 130 Millionen Bauern der UdSSR wurde zerstört: Das Fundament des Staates zerbrach. Millionen Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt oder in entlegene Gegenden deportiert. ...

Die brutale Kollektivierung ließ in ganzen Regionen die Agrarproduktion zusammenbrechen; das Land wurde in eine Hungerkatastrophe gestürzt.

Der englische Historiker Robert Conquest, der - abgesehen von Alexander Solschenizyn - kenntnisreichste Autor des "großen Terrors", kommt in einer vorsichtigen Schätzung auf fünf bis sechs Millionen Todesopfer durch Hunger und Krankheit in den Jahren 1929 bis 1933. Stalin sagte 1943 Winston Churchill, daß während der Kollektivierung die "Dorfarmen" mit "zehn Millionen Kulaken fertig geworden" seien: Eine "enorme Menge" sei "vernichtet" und

der Rest nach Sibirien verschickt worden.

Der Anarchist Michail Bakunin hatte 1862 entsetzt konstatiert: "Das zaristische System hat im Verlauf von etwa 200 Jahren mehr als 2 Millionen Menschen gefordert als Folge einer brutalen Mißachtung der Menschenrechte und des menschlichen Lebens."

Stalin übertraf diese Bilanz allein während der vierjährigen Kollektivierung bei weitem. Conquest ermittelt, daß allein in den "Säuberungen" des Jahres 1938 eine Million Menschen erschossen wurden und zwei Millionen in Haft starben. In Kolyma, einer Region des gigantischen Archipel Gulag, wurden drei Millionen Menschen vernichtet. Hitler beneidete Stalin um dessen Möglichkeiten: "Wenn ich das unermeßliche Sibirien hätte, brauchte ich kein Konzentrationslager."

Geheime Kontakte zwischen den beiden Diktatoren entstanden bereits 1933. Im Sommer 1935 sondierte der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, im Auftrag Stalins Chancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit. "Wir müssen eine Übereinkunft mit dem mächtigsten Land treffen, und das ist das nazistische Deutschland", sagte 1936 Geheimdienstchef Jeschow über die Pläne Stalins. Der Diktator hatte schon 1925 die Überzeugung geäußert, daß ein neuer Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien unvermeidlich sei. "Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."

Mit dem am Abend des 23. August 1939 im Moskauer Kreml unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie dem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiden Diktatoren Polen untereinander aufteilten und die baltischen Staaten und Bessarabien der UdSSR zuschlugen, sah sich Stalin am Ziel langjähriger außenpolitischer Bemühungen. Er hatte sein Bündnis mit Deutschland, er konnte bis auf weiteres beobachten, wie in dem Krieg, dem jetzt freie Bahn gegeben war, die Dinge sich entwickelten.

Hitler überraschte mit seinem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den bisherigen Komplizen im Kreml und brachte ihn auch in tödliche Gefahr, dann aber ging Stalins Konzept doch auf: Am Ende war er der große Triumphtor: Moskaus Macht reichte nun bis an die Elbe.

Die Sowjetunion war jetzt eine Weltmacht und der opferreiche Sieg über den verbrecherischen Nationalsozialismus hatte ihr moralische Reputation eingebracht. Daß auch an der Spitze der UdSSR ein Massenmörder stand, wollte die Welt nicht wahrhaben, das ging wohl über ihr Fassungsvermögen. Die Ausdehnung der bolschewistischen Diktatur auf Osteuropa ängstigte zwar den Westen und löste den Kalten Krieg aus, aber Stalins Nimbus litt wenig darunter. Erst unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 erhielt das Stalin-Bild häßliche Flecken. Auf dem zwanzigsten Parteitag entlarvte der neue Kremlchef den einst wie einen Halbgott Verehrten als Verbrecher.

Chruschtschows Entstalinisierung war ein Akt großen Mutes. Sie beschränkte sich aber auf das Individuum Stalin. Der Machtmißbrauch wurde als Auswuchs des "Personenkults" gewertet. Das System der totalitären Parteiherrschaft blieb indessen. An dieser Haltung änderte sich auch unter Leonid Breschnew sowie Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nichts. Das System war zwar nun nicht mehr so mörderisch wie unter Stalin, es maßte sich aber weiter das Monopol der Macht an, schickte weiter Oppositionelle in den Gulag, und Moskau hielt an dem vermeintlich historischen Auftrag fest, die ganze Welt mit seinem Regiment zu überziehen.

Bankrott war dieser Kommunismus schon seit langem. Nur der jeder Vernunft spottende Raubbau an Menschen und Material verhinderte einstweilen noch den offenen Zusammenbruch. Nichts aber hätte Gorbatschow daran gehindert, dieses absurde Spiel fortzusetzen. Eine Zeitlang wäre das gewiß noch gegangen. Anders als seine zynisch-opportunistischen Vorgän-

ger war er dazu nicht bereit. Er glaubte an den Schöpfungsplan Lenins und meinte, dessen Vorstellungen doch noch verwirklichen zu können.

Tatsächlich war Gorbatschow jedoch ein Anti-Lenin. Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.

Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbatschow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<

5. Weshalb widersetzen sich viele EU-Mitgliedstaaten der geplanten Bildung eines EU-Einheitsstaates?

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen planiert. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsflichtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine

anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperrn übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?

...<<

6. Warum werden die Deutschen vor allem durch die Linksradiakalen unentwegt mit Kollektivschuldvorwürfen konfrontiert?

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249,254-256): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychi-

schen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.

Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekennnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und –stolz) ist.

Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat.

Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...

... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.

Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbe-

dingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.

Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.

Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...

Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Gefangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und moralischen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.

Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gedemütigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wiederaufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.

Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<

>>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektabler Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.

Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.

Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.

Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.

Das Kollektivschuldintrojekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidengewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.

Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.

Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.

Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

7. Wieso wurden die systematischen Massenverbrechen des Kommunismus fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beharrlich verwiegen oder verschleiert?

Der deutsche Historiker Horst Möller schrieb im Jahre 1999 in seinem Buch "Der rote Holocaust und die Deutschen über die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/11-16): >>Kann man von "rotem Holocaust" sprechen?

Das "Schwarzbuch des Kommunismus" trägt diese Bezeichnung weder im Titel noch in den

Kapitelüberschriften, doch kehrt in der durch das Werk ausgelösten Diskussion diese Kennzeichnung immer wider. ... Sind die Verbrechen kommunistischer Diktaturen derart massenhaft, daß eine ursprünglich für den Massenmord an den Juden verwandte Wortprägung auch das Wesen weltweit millionenfach verübter kommunistischer Verbrechen trifft? ...

Im strengen Sinne singular (einzigartig) ist jedes der Massenverbrechen, die die totalitären, sich selbst durch eine fanatische Ideologie legitimierenden Diktaturen des 20. Jahrhunderts begangen haben. Durch ihre totalitäre Zielsetzung der Gleichschaltung, die religiöse, soziale, nationale und andere Minderheiten aus der Gesellschaft ausgrenzte, sie diffamierte, entrechtete, vertrieb oder gar ermordete, wurden viele Millionen Menschen planmäßig organisiert zu Opfern, ganz gleich, wie ihre Ermordung motiviert wurde. Um die objektive, empirisch fundierte Analyse kann sich keine ernstzunehmende geschichtswissenschaftliche Interpretation herumdrücken.

Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen – gleich welcher Ideologie, gleich, welchen Herrschaftssystemen, gleich, in wessen nationaler Verantwortung sie begangen worden sind – ist ein Prüfstein jeglicher humanitär, ethisch oder politisch motivierter Argumentation: Sie wird unglaublich, wenn sie ausschließlich Verbrechen einer der Diktaturen des 20. Jahrhunderts anprangert, bei anderen aber wegsieht oder sie nicht wahrhaben will. Gefahren für rechtsstaatliche Demokratien gehen von allen Extremismen aus, unabhängig davon, welcher Herkunft, Richtung oder Zielsetzung sie sind.

Die Autoren, die in einer Reihe von Länderstudien die kriminelle Praxis kommunistischer Herrschaftssysteme untersucht haben, machen eine erschreckende Bilanz auf – eine Bilanz, die sich an der Zahl der Opfer orientiert, die allein durch ihre Zahl eine Wortwahl nahelegt, die der Ungeheuerlichkeit dieser Massenmorde Rechnung trägt. Ob mit Fragezeichen oder ohne: Die Diskussion über den Begriff ist zwangsläufig eine Diskussion über den Inhalt.

Während die Massenmorde der nationalsozialistischen Diktatur von keinem ernstzunehmenden Historiker, Politiker oder Publizisten bestritten oder bagatellisiert werden und sie seit langem im gesellschaftlichen Bewußtsein innerhalb und außerhalb Deutschlands als Wesensmerkmal des Nationalsozialismus gegenwärtig sind, hat sich die Diskussion über die Massenmorde der kommunistischen Regime, sei es zu Zeiten Lenins, Stalins, Maos oder Pol Pots nicht in gleichem Maße zu der Einsicht verdichtet, daß das organisierte Verbrechen ein Wesensmerkmal aller bisher real existierenden kommunistischen Diktaturen gewesen ist, obwohl auch darüber kein Zweifel bestehen kann.

Daher überraschen auf den ersten Blick der Riesenerfolg und die heftigen Kontroversen, die das "Schwarzbuch des Kommunismus" sogleich nach der Publikation in Frankreich 1997 ... gefunden und ausgelöst haben. Schon drei Monate nach Erscheinen waren in Frankreich etwa 200.000 Exemplare verkauft, die deutsche Ausgabe erreichte bis Jahresende 1998 innerhalb von sieben Monaten zehn Auflagen. ... Die Diskussionen in den großen Zeitungen und Zeitschriften erstreckten sich auch in Deutschland zum Teil über Monate.

Was war so überraschend, was so neu? Welche Kenntnis existierte über den totalitären Charakter kommunistischer Diktaturen und ihre Verbrechen? ...

Sieht man einmal von der schieren Größenordnung der im Schwarzbuch dargestellten Opferzahlen (weltweit 80 bis 100 Millionen, die zum Teil nachgewiesen werden, zum Teil auf Schätzungen beruhen) ab, dann handelte es sich hier wie dort im Kern um eine seit langem geführte, immer wieder auflebende Kontroverse.

So hat beispielsweise der ehemalige Kommunist Arthur Koestler in seinem zuerst 1940 erschienen Buch "Darkness at Noon", das 1948 unter dem Titel "Sonnenfinsternis" auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, aus eigener Anschauung über die stalinistischen Schauprozesse in der Sowjetunion während der dreißiger Jahre berichtet, der Tausende kommunistischer Funktionäre – also der eigenen Partei – zum Opfer fielen.

Hannah Arendt, die vom nationalsozialistischen Regime wegen ihrer jüdischen Herkunft in die Emigration gezwungene Philosophin, hat in ihrem zuerst 1951 in englische Sprache, dann bald darauf auch in Deutschland veröffentlichten epochemachenden Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" im Anschluß an das in den dreißiger Jahren zuerst in den USA entwickelte Totalitarismusmodell völlig zu Recht nationalsozialistische und kommunistische Herrschaft gleichermaßen als totalitäre Diktaturen beschrieben und schon damals den "Rassenkampf" des einen Regimes mit dem "Klassenkampf" des anderen verglichen: Seinerzeit führte diese Charakterisierung keineswegs zu heftigen Reaktionen, wie dies während des sogenannten Historikerstreits Mitte der achtziger Jahre gegenüber einer verwandten Begriffsbildung Ernst Noltes der Fall war. ...

Wer die Wahrheit über kommunistische Herrschaft wissen wollte, der konnte sie also längst wissen – aus diesen Büchern wie aus zahlreichen weiteren. Doch darum ging es nicht: Der Kommunismus blieb über Jahrzehnte, wie es Raymond Aaron in seiner 1954 veröffentlichten Streitschrift über die "Sucht nach Weltanschauung" treffend formuliert hatte, "Opium für Intellektuelle", er blieb dies bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa seit 1989.

Manche der kommunistischen Intellektuellen haben sich von dieser Sucht befreit, als sowjetische Panzer (in der Regel durchaus kommunistische) Reform- oder Protestbewegungen niederwalzten: zuerst 1953 in Berlin, dann 1956 in Budapest, schließlich 1968 in Prag, oder als sich der Kommunismus an der Macht als imperialistisch erwies, beispielsweise 1979/80 in Afghanistan oder schon 1950 im Koreakrieg.

Auf der anderen Seite erlangte die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, mit denen erstmals eine amtierende Parteiführung mit den eigenen Verbrechen – genauer, einem kleinen Teil der von Stalin befohlenen Verbrechen – abrechnete, bei ihrem Bekanntwerden eine durchaus ambivalente Wirkung:

Zum einen provozierte die "Entstalinisierung" das Entsetzen über den kriminellen Charakter der Herrschaft Stalins und der Machtinstrumente des Kommunismus, zum anderen eine irrige Schlußfolgerung.

Die neue Illusion leitete aus der vermeintlichen "Selbstreinigung" des Kommunismus die Möglichkeit eines Reformkommunismus mit menschlichem Antlitz ab. So zählte es zu den historisch abwegigen Versuchen, allein die stalinistische Phase der Sowjetunion mit kriminellen Akten in Verbindung zu bringen und Lenin davon freizusprechen. Doch tatsächlich beginnt die rücksichtslose Eliminierung politischer Gegner, der gezielte politische Terror, bei Lenin selbst: Er praktizierte ihn nicht nur, sondern versuchte auch, ihn theoretisch zu rechtfertigen. ...

In Deutschland endete die Debatte über das Schwarzbuch, die durchaus auch rein geschichtswissenschaftlich geführt werden könnte und müßte, bei dem spezifischen nationalen Trauma der nationalsozialistischen Diktatur und der Frage der Vergleichbarkeit – als ob sich etwas an der Beurteilung und Verurteilung nationalsozialistischer Verbrechen änderte, wenn man auch diejenigen des Kommunismus erforscht und darstellt. ... Ein Teil dieser Auseinandersetzung wird paradoxerweise geführt, als ob das Schwarzbuch weniger Theorie und Praxis kommunistischer Herrschaft im 20. Jahrhundert untersuchte als das Thema "Die Deutschen und der Nationalsozialismus".

Tatsächlich aber stellt ein Vergleich – der in keinem Falle eine Gleichsetzung bedeutet – erst die zweite Stufe dar, nachdem ein hinreichender Grad an empirischer Sicherheit in bezug auf die Massenverbrechen des Kommunismus gewonnen ist. Strukturelle Ähnlichkeiten haben schon vor vielen Jahren Historiker vom hohen Rang wie Karl Dietrich Bracher herausgearbeitet. Und heute ist der Vergleich für die Geschichtswissenschaft unentbehrlich.

Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Gelingt der Nachweis, daß alle funktio-

nierenden Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts nicht allein gescheitert sind, sondern – nach Zeit und Ort in unterschiedlichem Ausmaß – Massenverbrechen begangen haben, dann delegitimiert dies alle politischen Zielsetzungen und Parteien, die sich im Prinzip auf marxistische Ideologie stützen. Die heftige Reaktion von dieser Seite ist also verständlich, geht es bei solchen historischen Erkenntnissen doch nicht allein um die Vergangenheit, sondern um Gegenwart und Zukunft. ...<<

8. Weshalb bezeichnen viele Historiker die NATO-Osterweiterung als verhängnisvollen Fehler?

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/2015) berichtete später über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedenkspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

9. Warum warnten zahlreiche deutsche Finanz- und Wirtschaftsexperten vor den hohen Kosten der geplanten EU-Osterweiterung?

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme

von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

10. Wieso war die Anti-Kernenergie-Bewegung letzten Endes erfolgreich?

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... 1. Die 68er

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermesslichen Schaden in Deutschland angerichtet.

Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irreführenden Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.

Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefern. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff

oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom.

Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflusst waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.

Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usw.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuh zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welcher absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...-über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsausstellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotop plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauerarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randalen machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usw., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger.

So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO₂-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken.

Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß

die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randal-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland.

Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen. Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch.

Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Argumente eingegangen und ihre Stichhaltigkeit bewertet werden. Dazu ist zunächst eine kurze Beschreibung der Kernkraftwerke erforderlich.

2. Kernkraftwerke

Kernkraftwerke dienen dazu, hohe Temperaturen zu erzeugen. In Druckwasserreaktoren (sie sind die üblichen heute betriebenen Reaktoren) werden ca. 350° C erreicht, in Hochtemperaturreaktoren ca. 1.000° C. Wegen dieses Temperaturniveaus sind Druckwasserreaktoren geeignet als Wärmequelle für Dampfturbinen, die mit einem Stromgenerator gekoppelt sind und so Elektrizität erzeugen. Hochtemperaturreaktoren erzeugen Prozeßwärme für chemische Prozesse, z.B. Kohlevergasung oder Methansynthese. Bei der Kohlevergasung sinkt die Temperatur des im Kernreaktor aufgeheizten Kühlmittels (Helium) von 1.000° C auf ca. 600° C. Mit einem Wärmeträger dieser Temperatur läßt sich über geeignete Turbinen Elektrizität erzeugen.

In konventionellen Kraftwerken wird die Wärme durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder Erdgas erzeugt wie in Zentralheizungen. In Kernkraftwerken geschieht dies durch die bei der Spaltung von Urankernen in Kernreaktoren frei werdende Energie. Das natürliche in Mineralien vorkommende Uran besteht aus 0,7 % Uran 235 (Uran mit dem Atomgewicht 235), das durch Neutronen gespalten werden kann, und aus 99,3 % Uran 238, das nicht spaltbar ist, aus dem aber durch Anlagerung von einem Neutron mit nachfolgender Emission von zwei Beta-Teilchen das Plutonium 239 entsteht. Dieses stark radioaktive Plutonium (Alpha-Strahler) ist spaltbar. Man nennt diesen Vorgang der Herstellung von Pu 239 im Kernreaktor **Brüten**.

Für den Betrieb von Druckwasserreaktoren muß der Anteil von Uran 235 von 0,7 % auf ca. 3-5 % angehoben werden. Dies geschieht in Urananreicherungsanlagen. ... Der sehr kleine Atomkern setzt sich zusammen aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen. Der Kern von Uran 235 enthält 92 Protonen und 143 Neutronen. Er ist umgeben von 92 Elektronen. Der Kern von Uran 238 hat 92 Protonen und 146 Neutronen. Die Protonen und Neutronen im Kern werden durch Kräfte zusammengehalten, die millionenfach größer sind als diejenigen, die Moleküle (z.B. Erdöl- oder Erdgasmoleküle) zusammenhalten. Diese Energien werden bei der Spaltung der Kerne (oder Zersetzung der Moleküle) frei.

Die Kernspaltung wird durch ein nicht zu schnelles Neutron verursacht, das in einen U 235-Kern eindringt. Der Kern gerät dabei in Schwingungen und zerplatzt, wobei 2-3 Neutronen

freigesetzt werden, die weitere Spaltungen bewirken (Kettenreaktion) oder Plutonium 239 erzeugen (Brüten). Außerdem entstehen zwei mittelschwere Kerne; die fast immer radioaktiv sind (Zerfallsprodukte). Nur die Kerne sind stabil, d.h. nicht radioaktiv, bei denen die Neutronenzahl zur Protonenzahl in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander steht.

Druckwasserreaktoren

Der eigentliche Druckwasserreaktor (DWR) besteht aus einem dickwandigen zylindrischen Metallbehälter (ca. 5 m Durchmesser, 13 m Höhe), in dem die Brennelemente, die Steuerstäbe und das Kühlmittel untergebracht sind. Die Brennelemente bestehen aus ca. 5 m langen Rohren (Durchmesser etwa 11 mm), die mit kleinen Tabletten (ca. 9 mm Durchmesser) aus Uranoxid gefüllt sind.

Das verwendete Uran besteht aus ca. 3-5 % Uran 235 und 95-97 % Uran 238. Diese Rohre sind oben und unten zugeschweißt und werden vom Kühlwasser umströmt, wobei die bei der Kernspaltung entstandene Wärme abgeführt wird. Das Wasser hat auch die Aufgabe, die bei der Kernspaltung emittierten Neutronen hoher Geschwindigkeit abzubremesen. Die langsamen Neutronen bewirken eher eine Kernspaltung als die schnellen. Das auf ca. 330° C erhitzte Wasser wird in einen Wärmetauscher gepumpt, wo das Wasser zum Antrieb einer Turbine aufgeheizt und verdampft wird.

Hochtemperaturreaktoren (HTR)

Der HTR unterscheidet sich vom Druckwasserreaktor vor allem durch seine Brennelemente und seine temperaturbeständigen keramischen Konstruktionswerkstoffe. Die Brennelemente bestehen aus Körnern von etwa 1 mm Durchmesser, die aus einem Gemisch von Thoriumdioxid und Urandioxid bestehen.

Diese Körner sind von drei sehr festen und sehr dichten Grafitsschichten umhüllt. Etwa 15.000 dieser Körner sind zu einer Kugel von 6 cm Durchmesser zusammengepreßt und gesintert, die so gut wie unzerstörbar ist. Das Thorium 232 selbst ist nicht spaltbar. Aus Thorium 232 entsteht aber im Reaktor durch Anlagerung eines Neutrons mit anschließender zweimaligen Emission eines Beta-Teilchens das künstliche Uran 233 (kommt in der Natur nicht vor), das wie das U 235 durch langsame Neutronen spaltbar ist.

Die Neutronen für die Umwandlung von Th 232 in U 233 erhält man durch die Spaltung von stark angereichertem Uran 235 (90 %), das man in Form von Urandioxid dem Thoriumdioxid zu etwa 5 % beimischt. Die beschichteten Körner bestehen also aus einer Mischung von 95 % ThO₂ und 5 % UO₂, die von drei sehr dichten und festen Grafitsschichten umhüllt sind. Alle bei der Kernspaltung entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte verbleiben in diesen Körnern.

Der eigentliche Reaktorbehälter ist ein Zylinder von ca. 5 m Durchmesser und 6 m Höhe, der in seinem unteren Teil trichterförmig ausgebildet ist. In diesem Zylinder befinden sich die Steuerstäbe und ca. 650.000 Brennelementkugeln, die allmählich durch den Reaktor wandern und über den unteren Trichter ausgeschleust werden können. Die Kugeln werden durch Helium gekühlt, das von oben nach unten zwischen den Brennelementen hindurch strömt, wobei das Gas eine Temperatur von knapp 1.000° C annimmt bei einem Druck von ca. 40 bar.

Der Reaktorkern ist mit hochtemperaturfestem Grafit ausgekleidet. Das heiße Helium dient dazu, in geeigneten Öfen Kohle zu vergasen. Dabei sinkt seine Temperatur auf ca. 500° C. Die Restenergie dieses abgekühlten Heliums wird verwendet zur Erzeugung von hochgespanntem Dampf, mit dem über eine Turbine Elektrizität erzeugt wird. Ca. 90 % der Reaktorleistung dienen der Kohlevergasung, 10 % werden für die Erzeugung von Strom verwendet. Im HTR wird kein Plutonium erzeugt. Dieser Reaktor ist absolut betriebssicher. Die radioaktiven Zerfallsprodukte sind sicher in den grafitbeschichteten Partikeln eingeschlossen.

Die Entwicklung dieses Reaktors THTR 300 in Hamm-Üntrop wurde 1989 aus politischen Gründen in Deutschland eingestellt. Südafrika und China haben die Blaupausen der Technik

übernommen. Die Serienproduktion des HTR soll 2011 in Südafrika beginnen, um vor allen Dingen Märkte in Entwicklungsländern zu bedienen.

3. Radioaktivität

Durch die Spaltung von U 235 und Pu 239 entstehen erhebliche Mengen an stark strahlenden Substanzen. Deren hochenergetische Strahlungen (Alpha-Teilchen, Beta-Teilchen, Gamma-Strahlen, Neutronen) können die DNS-Moleküle der menschlichen Zellen beschädigen, welche die Baupläne der biologischen Zellen enthalten. Leben, also die DNS-Moleküle gibt es seit drei Milliarden Jahren auf der Erde, als deren natürliche Radioaktivität noch wesentlich höher war als heute.

Die Biologie kennt seit dieser Zeit Methoden, Fehler der DNS-Strukturen zu reparieren, wenn sie nicht zu massiv auftreten wie bei einer Atombombenexplosion. Der Blitz einer explodierenden Atombombe - er ist heller als tausend Sonnen und dauert einige Sekunden - enthält außer der sehr intensiven Wärmestrahlung eine sehr starke hochenergetische Röntgenstrahlung, die den gesamten Körper durchdringt und dabei den größten Teil der DNS-Moleküle und andere Moleküle im Zellverband beschädigt. Das ist tödlich. Denn die neu entstehenden Körperzellen entstehen nach einem falschen Plan oder erfüllen nicht mehr ihre vorgesehenen Funktionen.

Die bei der Explosion einer Atombombe entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte sind im Augenblick der Explosion nicht wirksam, da sie mit der sehr heißen Luft im Explosionszentrum als Gase in sehr große Höhen transportiert werden, wo sie sich durch Luftströmungen weit verbreiten und allmählich als radioaktiver Niederschlag abregnen. Es muß also klar unterschieden werden zwischen der tödlichen Wärme- und Röntgenstrahlung einer explodierenden Atombombe und der radioaktiven Strahlung der Zerfallsprodukte, die ähnliche Strahler enthalten wie die Zerfallsprodukte eines Kernreaktors.

Wie schädlich ist diese radioaktive Strahlung?

Bei der Entwicklung der Röntgentechnik waren viele Forscher jahrzehntelang sehr hohen Dosen von Röntgenstrahlung ausgesetzt, was auf Dauer zu erheblichen Schäden an den betroffenen Körperteilen und Organen (z.B. Krebs) und sehr oft zum Tod führte. Ähnliche Schäden sind durch Leuchtziffern von Armbanduhren hervorgerufen worden, bei denen die Ziffern stark strahlende radioaktive Präparate enthielten. Vor allen Dingen die mit der Herstellung der Ziffernblätter Beschäftigten trugen im Laufe der Jahre erhebliche Schäden an den Händen davon.

Es ist bekannt, daß unsere Umwelt seit jeher radioaktiv ist.

Die allgegenwärtige natürliche Radioaktivität setzt sich zusammen aus der Bodenstrahlung, aus der Radioaktivität der Luft und aus der Höhenstrahlung. Die Bodenstrahlung wird verursacht durch die radioaktiven Elemente im Erdinneren, hauptsächlich Thorium Uran, Kalium. Sie bewirken zum großen Teil die hohen Temperaturen im Erdinneren. Die Radioaktivität der Luft entsteht durch radioaktive Gase, die aus dem Erdinneren kommen, hauptsächlich Radon (Radon 220 und Radon 222 sind Alpha-Strahler und Zerfallsprodukte von U 238 und Th 232). Die Höhenstrahlung ist eine extrem energiereiche Strahlung aus dem Weltraum, die vermutlich von Supernova-Explosionen herrührt. Pro Sekunde durchdringen ca. 10 dieser Teilchen den menschlichen Körper. Es ist nicht bekannt, daß durch diese natürliche Strahlung jemals ein Lebewesen geschädigt worden ist.

Die Strahlenwirkung auf den biologischen Organismus wird in rem gemessen. Das rem gibt die durch durchdringende Strahlung hervorgerufene Energieabsorption von 1 Gramm Körpergewebe an. ... Die natürliche Strahlenbelastung ... (für die Bevölkerung der USA ist z.B.) ... tausendmal größer als die durch Kernkraftwerke verursachte.

4. Wiederaufarbeitung und Endlagerung

Die Brennelemente des Druckwasserreaktors enthalten 3-5 % spaltbares U 235 sowie 95-97 %

nicht spaltbares U 238. Der U 238-Kern fängt im Reaktor ein Neutron ein. Durch anschließende Emission von zwei Elektronen entsteht aus dem Uran 238 das Plutonium 239, das von Neutronen gespalten werden kann sowie die weiteren Plutoniumisotope Pu 240, Pu 241 (spaltbar) und Pu 242. Der Reaktor hat also neuen Brennstoff Pu 239 und Pu 241 erbrütet. Dieses Plutonium kann man aus den abgebrannten Brennelementen herauslösen und für die Herstellung neuer Brennelemente (oder von Atombomben) verwenden. Die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente hat folgende Ziele:

- Herauslösung des stark alpha-strahlenden Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen, das damit nicht in die Endlagerung kommt, sondern durch Kernspaltung für die Energiegewinnung verwendet wird,
- Gewinnung wertvoller radioaktiver Präparate, vor allen Dingen Transurane für die Medizintechnik.

Das spaltbare Plutonium wird allerdings von den Atommächten in großem Umfang für den Bau von Atombomben verwendet. Man braucht nur etwa 7 kg Plutonium, um eine Bombe zu fabrizieren. Je tausend Megawatt Reaktorleistung werden im Jahr etwa 250 kg Uran 238 in Plutonium umgewandelt.

Im Jahre 1964 wurde in Karlsruhe eine Prototyp-Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen, 1971 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft KEWA gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, optimale Verfahren für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung zu finden. Nach dem heute üblichen Purex-Verfahren werden die abgebrannten Brennstäbe in kleine Stücke zerschnitten, ihr Inhalt in Salpetersäure aufgelöst. Mit chemischen Verfahren kann man nun Uran- und Plutoniumverbindungen voneinander trennen. Die Spaltprodukte werden in flüssiger Form in geeigneten Behältern zwischengelagert. Später konzentriert man sie und verglast sie mit Hilfe eines Glasbildners.

Dieser verglaste Abfall wird in 150-l-Behältern aus Spezialstahl verpackt. Die Behälter sollen in Deutschland in stillgelegten Salzbergwerken (Asse bzw. Gorleben) endgelagert werden, 600-1.000 m unter der Erdoberfläche. Diese Salzlager sind vor 200-300 Millionen Jahren entstanden, als urweltliche Meere austrockneten. Seitdem sind sie von der Biosphäre vollständig getrennt. Ein Kontakt zur Biosphäre kann nur durch Wasser bewirkt werden, welches, wenn es in den Salzstock eingedrungen wäre, das Salz aufgelöst und zum Verschwinden gebracht hätte.

In einem Kraftwerk mit einer Leistungsabgabe von 1.000 MW entstehen im Jahr etwa 2 Kubikmeter verglaster Abfall. Diese Spaltprodukte strahlen nach einer Lagerzeit von 100 Jahren nicht stärker als Uranerz, da der größte Teil der Strahler zerfallen ist, wobei stabile Kerne entstanden sind.

Die im Kernreaktor erbrüteten Transurane (Plutonium, Americium usw.) haben allerdings Halbwertszeiten von vielen Millionen Jahren. In den USA wurde in den 80er Jahren das Truex-Verfahren entwickelt, bei dem die Transurane abgeschieden werden. Nur noch diese müssen verglast werden, so daß das Verglasungsvolumen nur noch 20 Liter beträgt statt der 2.000 Liter beim Purex-Verfahren. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden in Zement eingebettet, was genau so sicher aber wesentlich billiger als die Verglasung ist.

Wie man sieht, waren die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung gelöst.

Die 68er und die Grünen hingegen behaupteten das Gegenteil, unterstützt von allen Medien, einigen "Experten" und manchen Verwaltungen. Die deutschen Wiederaufbereitungsaktivitäten wurden eingestellt, die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren erfolgt seitdem für teures Geld in La Hague in Frankreich. Was war der Grund dafür, daß dauernd neue Verdächtigungen gegen die Wiederaufarbeitung und Endlagerung vorgebracht und die technischen Lösungen der Probleme nicht zur Kenntnis genommen wurden?

Erstens haben die Herrschaften die Technik nicht verstanden, zweitens sind Kernreaktoren

ohne Endlagerungsmöglichkeiten radioaktiver Abfälle nicht denkbar und drittens wird bei der Wiederaufarbeitung spaltbares Plutonium gewonnen, mit dem sich die Uranvorräte erheblich strecken lassen, mit dem aber auch Atombomben hergestellt werden können. Das mit den Atombomben durfte man offen nicht sagen, denn unsere Freunde in USA, Frankreich, England, aber auch in Rußland oder China bauen ihre Atombomben mit Plutonium, das in ihren Kernreaktoren erbrütet wird. Also wurden nach bewährter Manier verschiedene Antiplutonium-Kampagnen inszeniert:

- Plutonium ist das schlimmste Gift,
 - Es verseucht die Welt für Milliarden Jahre mit seiner Radioaktivität,
 - Die "Plutonium-Wirtschaft" ist die größte Bedrohung, welche die Menschheit je erlebt hat.
- Diese Behauptungen sind purer Unsinn. Sie dienten nur dazu, die deutsche Energie-Autarkie zu verhindern. Durch die Nutzung des in den Reaktoren erbrüteten Plutoniums wäre die Energieversorgung in Deutschland sicherer und kostengünstiger geworden und das radioaktive Plutonium beseitigt worden.

Seit den 60er Jahren beschäftigte man sich zunächst in den USA, später auch in Europa mit der Entwicklung schneller Brüter, in denen aus Uran 238 durch Beschuß mit schnellen Neutronen das spaltbare Plutonium 239 hergestellt wird. Als Ausgangsmaterial für den Brutprozeß stand das Uran 238 zur Verfügung, das in den Kernreaktoren keine Verwendung fand. Das Uran hätte auf diese Weise für die Energiegewinnung zu ca. 70 % ausgenutzt werden können statt der ca. 0,5 % bei der alleinigen Nutzung von Uran 235 im Druckwasserreaktor. Auf diese Weise wäre die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert gewesen.

Der schnelle Brüter erzeugt Plutonium, das im gleichen oder einem anderen Kernreaktor zur Energiegewinnung verbraucht wird. In Deutschland ging der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar am Niederrhein im Jahre 1981 in Betrieb, heftig beföhdet von 68ern und den Medien. Die Entwicklung des SNR 300 wurde daraufhin 1991 eingestellt.

Im September 1996 genehmigte die Bezirksregierung in Düsseldorf den Umbau der Reaktoranlagen zu einem Freizeit- und Vergnügungspark, wie die von den Anglo-Amerikanern gesteuerte Internetfirma Google (www.google.de) mit Befriedigung berichtet. Wenn die Deutschen wüßten, wie man sie verhöhnt!

Auch der im Abschnitt 2 (Kernkraftwerke) beschriebene Hochtemperaturreaktor ist ein Brüter. In ihm wird aus nicht spaltbarem Th 232 das durch langsame Neutronen spaltbare U 233 gebrütet. Der THTR 300 in Hamm-Uentrop wurde im September 1989 endgültig stillgelegt. Mit der durch die Anglo-Amerikaner provozierten Annullierung der großen Kernkraftprojekte in Buschir (Persien) und Angra dos Reis in Brasilien (siehe auch Abschnitt 8) und der Einstellung der Arbeiten am Hochtemperatur-Reaktor und am schnellen Brüter war die deutsche Nuklearindustrie zugrunde gerichtet.

Um einen Wiederaufbau zu verhindern, wurden gleichzeitig die großen Kernforschungsanlagen in Jülich und in Karlsruhe umfunktioniert. Sie durften sich fortan mit erneuerbaren Energien und Umwelttechnik beschäftigen. Der deutsche Michel klatschte Beifall, wie es ihm die Grünen und die Medien empfahlen. Die produzierende deutsche Wirtschaft ist seitdem auf Talfahrt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

5. Brennstoffversorgung

Die 68er bezweifelten, daß es genügend Uran auf der Erde gebe zum Betrieb der Kernkraftwerke. Auch dabei haben sie sich getäuscht, nicht nur, weil sie den schnellen Brüter übersehen haben, der für sie nur ein Ungeheuer der Plutonium-Wirtschaft ist. Außerdem nahmen sie den Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 nicht zur Kenntnis, der mit Thorium betrieben wird.

Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 Gigawatt benötigt im Jahr ca. 175 Tonnen Natur-

uran (0,7 % U 235, 99,3 % U 238), d.h. etwa 25-30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge Uran ist leicht für mehrere Jahre speicherbar, während das bei einem ölbefeuerten Kraftwerk einer Leistung von 1 GW nicht möglich ist, da es 6.000 Tonnen Öl pro Tag benötigt.

Die mit geringen Kosten abbaubaren Uranvorkommen der Erde liegen bei ca. 6 Millionen Tonnen, die entsprechenden Thoriumvorkommen sind mindestens dreimal so hoch. Große Uranlager mit hohem Urangehalt gibt es in USA, Kanada, Australien, Afrika, Schweden, mächtige Thorium-Lagerstätten sind in Brasilien und Südindien. Im Durchschnitt enthält Granit 4 Gramm Uran pro Tonne und 11 Gramm Thorium pro Tonne, dispers verteilt im Gestein. In den Alpen z.B. liegen also unermessliche Vorräte an Uran und Thorium, deren Gewinnung allerdings teuer ist. Die Energieversorgung der Welt ist durch die oben genannten reichen Lager für viele hundert Jahre gesichert.

Das Meerwasser enthält etwa 3 mg Uran pro Kubikmeter, in den Ozeanen befinden sich also mehr als 4 Milliarden Tonnen Uran. Mit dem Thorium-Hochtemperaturreaktor also ist die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert, ebenso mit dem schnellen Brüter, da mit diesen Reaktoren die Uran- und Thoriumreserven der Erde voll ausgenutzt werden können.

Das Argument der 68er über die nicht ausreichenden Brennstoffvorräte für Kernreaktoren ist also falsch.

6. Tschernobyl

Ein Hauptargument gegen die Kernenergie lieferte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl südlich von Kiew am 26.4.1986. Was war dort geschehen? Die in der Sowjetunion verwendeten Reaktoren vom RBMK-Typ verwenden Grafit als Moderator zum Abbremsen der bei der Kernspaltung entstehenden schnellen Neutronen, Wasser dient nur zur Kühlung. Diese Reaktoren sind besonders geeignet zur Plutoniumerzeugung, sie sind nicht inhärent sicher wie die deutschen Druckwasserreaktoren. Sie schalten also nicht automatisch ab, wenn die Kühlung ausfällt, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall ist. Ein Reaktor vom RBMK-Typ würde in Deutschland nicht zugelassen.

Am 25.4.86 wollte die Bedienungsmannschaft des Kernreaktors ohne Genehmigung durch die vorgesetzte Dienststelle feststellen, ob bei einem totalen Stromausfall alle Sicherheitssysteme funktionieren und die Kühlpumpen weiterlaufen. Das Notkühlssystem wurde außer Betrieb gesetzt, weil dieses den Reaktor während des geplanten Experiments abschalten würde.

Da während des Versuchs die Leistung des Reaktors durch eine Xenon-Vergiftung stark abgefallen war, wurden am frühen Morgen des 26.4.1986 sämtliche Kontrollstäbe entfernt. Sofort stieg die Reaktorleistung. Die Brennstäbe platzten, Kühlkanäle wurden zerstört. Es traten chemische Reaktionen des Wasserdampfs mit dem heißen Grafit auf. Dies führte zu Gasexplosionen und zum Brand des Grafits. Innerhalb einer Minute war der Reaktor zerstört. Allerdings traten nur 3,5 % des radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, die meisten Spaltprodukte kondensierten an den Innenwänden des Reaktors.

31 Menschen wurden durch diese Katastrophe getötet, meist Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsmannschaften. 24.300 Personen aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen sind, werden jetzt lebenslang regelmäßig untersucht.

Die amerikanische Presse berichtete von 2.200 Toten und hunderttausenden Verstrahlten, wie es die Herren der Finanzoligarchie wünschten, welche die Katastrophe geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten.

Diese Katastrophe von Tschernobyl war der Anlaß für eine weltweite Antikernkraft-Hysterie, die sämtliche Planungen der deutschen Nuklearindustrie zunichte machte. Sie kam den Anglo-Amerikanern gerade recht, um innerhalb von wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor und den schnellen Brüter lahmzulegen sowie das Brasilien- und das Irangeschäft der deutschen

Nuklearindustrie unmöglich zu machen. Wie oben gezeigt wurde, war die Ursache der Katastrophe ein ungeeigneter Reaktor-Typ sowie das verantwortungslose Verhalten des Bedienungspersonals, das alle Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb setzte. Dies ist bei deutschen Reaktoren nicht möglich.

7. Terroranschläge

Als den 68ern gar nichts mehr gegen die Kernenergie einfiel, kamen sie auf die Idee mit den Terroristen oder man flüsterte sie ihnen ins Ohr. Die Terroristen sollten mit Panzerfäusten die Kernkraftwerke angreifen, als das nicht reichte mit Güterzügen voller Benzin und schließlich sollten richtige Jumbo-Jets in die Reaktoren hineinrasen.

Es ist möglich, daß terroristische oder kriminelle Aktionen gegen Kernkraftwerke oder andere nukleare Einrichtungen zukünftig unternommen werden, um Regierungen unter Druck zu setzen. Ein Angriff mit Kernwaffen auf derartige Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich, da nur terroristische Staaten dazu in der Lage wären, die sofort mit Sanktionen zu rechnen hätten. Diebstahl von Plutonium oder hoch angereicherte Uran zum Bau von Atomwaffen setzt großen technischen Sachverstand und aufwendige Einrichtungen voraus.

Da solche Terroristen nicht dumm sind, werden sie einfachere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele finden, z.B. können sie sich eine Atomwaffe aus den militärischen Arsenalen der Atomkräfte besorgen, in denen ca. 50.000 Atombomben lagern. Der Zugang zu den zivilen kerntechnischen Anlagen ist durch das Atomgesetz geregelt, das sehr weitreichende Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vorsieht, die nicht hinter denen der militärischen Anlagen zurückstehen. Es ist für den Terroristen viel einfacher, sich Giftgas zu besorgen oder nach Anleitung eines Chemiebuches herzustellen. Auch biologische Waffen sind mit einfachen Einrichtungen und kostengünstig zu produzieren.

8. Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie

In den 70er und 80er Jahren sind in Deutschland die modernsten Kernreaktoren und Nuklear-techniken entwickelt worden, die auch für den Export geeignet waren. Unter anderem wurden Verträge mit Brasilien (Juni 1976) über die Lieferung von acht Kernkraftwerken nach Angra dos Reis sowie die dazu nötigen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen abgeschlossen und Verträge mit Iran (Oktober 1977) über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken von je 1,3 GW nach Buschir sowie vier weitere nach Isfahan und Saveh.

Diese Verträge fanden nicht die Billigung unserer anglo-amerikanischen Freunde. Nicht aus Kostengründen, sondern auf Grund von massivem diplomatischem Druck aus den USA und von Randalen auf den Straßen deutscher Städte wurden diese Verträge annulliert. Sie hätten der deutschen Nuklearindustrie einen großen Vorsprung vor der amerikanischen Konkurrenz verschafft.

Diese Aufträge und weitere Projekte der deutschen Nuklearindustrie gefährdeten die Erdölinteressen der Anglo-Amerikaner, die ihre seit über hundert Jahren verfolgten Weltherrschaftspläne bedroht sahen. Deswegen und weil sie Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion einiges vorhatten, mußte die deutsche Industrie über den Hebel der Nuklearindustrie entscheidend geschwächt werden. Das Manöver ist dank der Hilfe der 68er und ihrer Hintermänner gelungen. Daß viele von denen wußten, um was es im Grunde ging, konnte man an den Parolen auf Häuserwänden erkennen, z.B. "Deutschland verrecke".

Um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie zu verbessern, wurden in Deutschland seit den 60er Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, in Zusammenarbeit zwischen Staat, Industrie und Forschung neue kostengünstige und sichere Kernreaktoren und Nukleartechniken zu entwickeln, z.B. den mit Thorium betriebenen Hochtemperatur-Reaktor THTR 300, den schnellen Brüter SNR 300, die Gasultrazentrifuge zur Urananreicherung, die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, die Endlagerung usw. Dazu einige Anmerkungen.

Der THTR 300

Der Baubeginn für den THTR 300, dessen elektrische Leistungsabgabe ca. 300 Megawatt betrug, war im Mai 1971. Die Fertigstellung wurde durch immer neue Einsprüche und Änderungen der Genehmigungsbedingungen behindert. Trotzdem gab der THTR 300 seit November 1985 Strom ans Netz. Im September 1989 wurde der THTR 300 stillgelegt.

Der SNR 300

Die Planungsarbeiten an dem schnellen Brüter SNR 300, der von Deutschland, Belgien und Holland in Kalkar am Niederrhein errichtet wurde, liefen seit 1967. Der Brutreaktor mit einer elektrischen Leistungsabgabe von 300 Megawatt wurde 1981 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt.

Die Gasultrazentrifuge

Seit Ende der 60er Jahre wurde in Deutschland an der Vervollkommnung des Urananreicherungsverfahrens durch die Gasultrazentrifuge gearbeitet. 1977 wurde eine Prototypanlage in Almelo in Holland in Betrieb genommen, 1985 die Anlage in Gronau. Auf diese Weise war das sehr teure und energieaufwendige amerikanische Anreicherungsverfahren - das Gasdiffusionsverfahren - überflüssig. Damit waren die Amerikaner nicht mehr die alleinigen Lieferanten von angereichertem Uran, so daß sie den Kernenergiemarkt nicht mehr beherrschten. Da im Laufe des Projekts Briten und Holländer in die Zentrifugentechnik eingebunden wurden, konnte die Anreicherungsanlage nach ihrer Fertigstellung nicht einfach verboten werden. Sie läuft also noch und produziert angereichertes Uran.

Der gesamte Kernbrennstoffkreislauf ist somit rentabel, von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementherstellung, den Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufbereitung und Endlagerung. Der normale Druckwasserreaktor hat nach ca. zwei Monaten Betrieb soviel Energie erzeugt wie seine Herstellung gekostet hat. Der elektrische Strom aus Kernkraftwerken ist seit vielen Jahren billiger als der aus konventionellen Kraftwerken.

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Aufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienen nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergie-Techniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der

richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

Der Staat muß untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.

Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)